

## Unsere Agrarpolitik nach dem Weltkriege.

Von Professor Dr. Franz Sommeregger, Klagenfurt.

Auch den Agrarpolitikern bereitet die kommende Friedenszeit große Sorgen. Von der gewaltigen Erschwerung aller Lebensbedingungen wird die Landwirtschaft nicht verschont bleiben. Doch berechtigen ihre Stellung als Urproduzentin und die günstige finanzielle Lage während des Krieges zur Hoffnung, daß sie in den kritischen Zeiten des Ueberganges von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft als stärkste Stütze des gesamten Wirtschaftslebens dem Vaterlande wird unschätzbare Dienste leisten können. Beim Wiederaufbau des Wirtschaftslebens wird sie in den Krisenjahren der hauptsächlichste Faktor der Ordnung sein.

Die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten sind natürlich sehr beeinflusst vom Ausgange des Krieges. „Wehe dem Besiegten!“ ist noch nie so wahr gewesen als jetzt. Sie sind ferner entscheidend bedingt von der allgemeinen agrarischen Weltkonjunktur und der internationalen Preisgestaltung ihrer Produkte. Fachmänner wie Vallob, Dr. Ostermayer, Dr. v. Stratosch befürchten einen Getreidepreiskrampf von schädlichen Folgen, was aber kaum anzunehmen ist.

Die großen Zukunftsaufgaben verlangen mehr Initiative in unserer Agrarpolitik, als wir sie in der letzten Zeit vor dem Kriege verspürten. Sie war in eine bedenklichen Erschlaffung verfallen, sie „verdorrte“. Viel erfolgreiche Kleinarbeit, aber kein großer Zug mehr, keine Systematik! Die „laufenden Agenden“ wurden vom wohlgeschulten Beamtenkörper des Ackerbauministeriums zweifellos gut besorgt, aber die Initiative, die frischen Impulse, die unter Dr. Ebenhoch aus dem Ministerium den Landtagen sich mitteilte, hörten auf. Um die Lasten des Weltkrieges zu ertragen, müssen wir aber das Tempo des Wirtschaftskrieges aufs äußerste beschleunigen. Auch der Agrarpolitiker erwarten große Aufgaben, die wir natürlich nur ganz kurz skizzieren können.

### I. Die wirtschaftspolitischen Aufgaben.

1. In den Vordergrund stellen wir auf Grund der Kriegserfahrungen und der gewalttätigen Hungerkur die Produktionspolitik. Wären wir in unserer landwirtschaftlichen Produktivität nicht so arg rückständig, gäbe es keine Aushungerungshoffnungen der Gegner und keine Nahrungsmittelforgen.

Die Hemmnisse erkennen, weist den Weg zur Beseitigung. Sie sind teils Fehler der Vergangenheit, teils Ungenügen der Gegenwart. Ein Haupthindernis sind die schweren Verfallener in unserer Landeskulturpolitik, die zahlreiche Schäden in der Flurverfassung bestehen ließ. Große Landesteile litten schwer unter der ganz mißlungenen Servitutenregulierung (heute noch  $1\frac{1}{4}$  Millionen Hektar mit Servituten belastet), der Gemeinshaftbesitz (etwa 3 Millionen Hektar) befindet sich immer noch größtenteils in schauerhafter Unordnung. Die Viehzucht wurde dadurch vielfach sehr geschädigt, in diesen Verhältnissen hat auch die Bauernlegung ihren Urgrund. Es muß das Bestreben sich durchringen, den Gemeinden solches Gemeindegut zu erhalten oder neu zu schaffen. Die sinnlose Verschleuderung und Verwahrlosung unseres riesigen Gemeinshaftbesitzes durch die liberale Gesetzgebung ab 1849 erweist sich heute als einer der verhängnisvollsten Fehler der Vergangenheit. Ebensovienig ist man dem Grundübel der Gemengelage, die in wohl 80 v. H. unserer Gemeinden vorherrscht, beigegeben. Damit hängt innig zusammen die Rückständigkeit im Meliorationswesen, auf dessen Wohlstand Millionen von Hektaren warten. Der Erfolg der „agrarischen Operationen“, die diesen Uebeln steuern sollten, ist bisher gering, hauptsächlich der fleißige niederösterreichische und der mährische Landtag erreichten schöne Erfolge! Die Geschichte geht unendlich schleppend und teuer vorstatten. Ganz im Argen liegt die wichtige Alpwirtschaftspolitik, in der Kärnten Fortschritte machte. Ansonsten geht die Schlamperei weiter. Die Bestrebungen zur Hebung der Wiesen- und Weidewirtschaft zeigen viele Fortschritte, in die breiten Massen fand sie trotz der sinnfälligen Resultate nicht gedrungen. Darum ist das Fortschreiten in der Viehzucht in vielen Ländern ein ganz unbefriedigendes, aus dem Getreidebau ließen sich Hunderte von Millionen mehr herausheben. Ganze Täler in den Gebirgen stecken noch tief in der alten Naturalwirtschaft drinnen, die wohl Friedensidyllen bietet, im Krieg aber naturgemäß verlagte. Aufklärung, Fachbildung, zwangsweise ländliche Fortbildungsschule sind unerlässlich. Das sachliche Bildungswesen ist erst ganz gering entwickelt, darum sind die Betriebsfortschritte, die Nordländer ausgenommen, erst wenig in die breiten Massen gedrungen. Der Staat war recht zaghaft, in der Landwirtschaft größere Summen zu investieren. Die 6 Millionen, die 1909 auf 19 Jahre, zusammen also 54 Millionen Kronen, bewilligt wurden, waren ein erfreulicher Anfang.

2. Agrarrechtliche Reformen. Davon erhoffen sich jene Agrarpolitiker eine Besserung, die alle Uebel, an denen die Landwirtschaft leidet, der liberalen Gesetzgebung zuschreiben. Statt einer Eingliederung in die moderne, kapitalistisch organisierte Volkswirtschaft denkt man eher an eine Ausschaltung. Wesentlich ist diesen Bestrebungen ein pessimistischer Zug, die Forderung der Rückkehr zu den alten Bindungen bei Vererben, Verkaufen, Verschulden des Besitzes. Ist man der Meinung, daß die Landwirtschaft in der Freiheit nicht bestehen kann, dann bleibt wohl kein anderer Weg übrig. Ist man, wie Schreiber dieses, überzeugt, daß die schwersten Schäden in unserer weit rückständigen Produktions- und Organisationstechnik liegen, wird man das Schwerkriegsrecht auf die Produktionspolitik verlegen.

Trotzdem sind die Bemühungen, ein der Landwirtschaft entsprechendes Agrarrecht auszubilden, in vieler Hinsicht voll berechtigt. So ist das Vererbrecht eine Notwendigkeit, um die aus dem Erbange bei freiem Erbrecht unvermeidlichen Schäden zu vermeiden. Unbegreiflicherweise zögerten die meisten Länder mit der Erlassung von Landesgesetzen zur Durchführung des Reichsrahmengesetzes von 1889.

Komplizierter liegt die Sache schon beim Höferecht, für manche das Allheilmittel, und bei den Verschuldungsbeschränkungen, die sie für unerlässlich halten, um zu weitgehender Besitzzerpflünderung und Uebererschuldung zu steuern. Ist unsere Bauernschaft bereit, diese großen, folgenschweren Bindungen auf sich zu nehmen? Ich glaube nicht daran. Viel hängt bei unseren Agrarreformen davon ab, ob man an eine günstige oder ungünstige Entwicklung in der Zukunft glaubt. Wer die Hoffnung hegt, daß es landwirtschaftlich vorangehen wird, wird diese radikalen Mittel nicht für notwendig und nützlich halten. Die langjährigen Beratungen über eine Bodenerschuldung, die man dereinst als die wichtigste Agrarreform bezeichnete, haben wohl wertvolle theoretische Klärungen, aber keine praktischen Erfolge gezeitigt. Eine großzügige Bodenerschuldung ist durch die staatlichen finanziellen Kriegslasten in unabsehbare Ferne gerückt. Wir urteilen heute darüber viel nüchterner als vor 20 Jahren.

Die Agrarreform durch die Rentengütergesetzgebung herbeizuführen, hat man wohl schon aufgegeben. Geringer ist sie die einzig mögliche Form bei der Schaffung neuer Landstellen durch öffentliche Faktoren, bei der sogenannten „Inneren Kolonisation“. In Verbindung mit der Kriegerheimstättenbewegung wird die Rentengüteridee nach dem Kriege eine große Rolle spielen. Größeren Umfang wird sie wohl nur in den Ländern mit starkem Großgrundbesitz und in den durch den Krieg verwüsteten Grenzländern annehmen, aber auch sonst wäre bei Umsicht und gutem Willen manches zu erreichen. Freilich wird die Finanznot des Staates viele Pläne scheitern machen.

3. Organisationsfragen. Einer der folgenschwersten Mängel war jahrzehntelang der einer den bäuerlichen Verhältnissen angepaßten Kreditorganisation. Hierin sind schöne Erfolge erzielt worden. Aber es fehlt noch der Ueberbau, die Konzentration. Eine Geldgroßmacht sind die ländlichen Kreditorganisationen noch nicht, so erfolgversprechend die segensvollen Raiffeisenkassen und Hypothekenanstalten wirken. Möglichste finanzielle Unabhängigkeit von der unruhigen Geld- und Zinspolitik des Großkapitals verlangt die Eigenart des bäuerlichen Kredites. Ist die Höhe der landwirtschaftlichen Verschuldung zweifellos eine ernste Sache, die meist ganz unangepasste Form derselben ist es nicht minder. Nirgends ist die Forderung nach eigenem Agrarrechte so handgreiflich klar, wie beim Kreditwesen.

Viele Ansätze, Enttäuschungen und doch unvergängliche Hoffnungen bieten die Betriebsorganisationen. Unsere rückständige organisatorische Rüstung hat uns im Weltkrieg bitterste Verlegenheiten gebracht. Ein Kontakt zwischen Stadt und Land, daß Gott erbarm! Nirgends ist so viel unnötiger Zwischenhandel als hier. Das vielfache Verjagen der Lebensmittelversorgung durch das flache Land, die Preistreiberien auch durch Landwirte haben einen höchst bedauerlichen Riß zwischen Stadt und Land aufgetan. Wären unsere bäuerlichen Absatzorganisationen nicht so schrecklich unentwickelt, hätten sich solche Zustände nie herausbilden können. Ganze Täler betreiben die reinste Naturalwirtschaft, tragen wenig zur Lebensmittelversorgung bei, verdienen und verkaufen wenig, verschulden sich und bleiben in den altbäuerlichsten Betriebsformen stecken. Es hat sich allerdings als überaus schwierig erwiesen, den mehr kaufmännischen Betrieb in der Landwirtschaft einzuführen, und das Genossenschaftswesen ging über ein wahrhaftes Leichenfeld, bis es zur heutigen beschriebenen Blüte gelangte. Und doch bringt uns nur diese „Kommerzialisierung“ der Landwirtschaft dem volkswirtschaftlichen Ziele näher. Diese Kriegslehren sind unvergänglich. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft herrscht heute noch voller Individualismus. Seine richtigen Formen und Maße wird ihm erst die genossenschaftliche Organisation geben können.

Die berufsgenossenschaftliche Organisation ist ebenfalls erst im Ausbau begriffen. Die Zwangsorganisation braucht noch nicht das nächste Ziel, aber sie soll das Endziel sein. Möglichst intensive Mitarbeit der freien agrarischen Berufsvereinigungen mit den staatlichen Behörden verbürgt erst Erfolge. Nirgends vermag der staatliche Beamte mit Paragraphen und Verordnungen so wenig auszurichten, wie auf dem Lande, wenn er sich nicht der Mitwirkung der agrarischen Vertrauensmänn-

ner bedient. Der Gedanke, eigene sachliche Agrarbehörden zu schaffen zur Durchführung der „Agrar-Operationen“ und zur Unterstützung der staatlichen Behörden, ist sehr begrüßenswert. Aber die Ausführung unterblieb meistens. Das ist so echt österreichisch: zuerst ein Tempo, als gälte es, die Welt zu erobern, dann Ermattung, schließlich Interesselosigkeit.

4. Unsere Agrarpolitik der Zukunft muß auch einen demokratischeren, sozialeren Einschlag erhalten: mehr Agrarpolitik für den Klein- und Mittelbesitz. Unbewußt und unbeabsichtigt begünstigt sie in vielen Belangen die Großen und Starken. So ist es in der Forstgesetzgebung, bei der Servitutenregulierung und Ablösung, bei der Gemeinschaftsteilung gewesen, so ist es noch beim Jagdgesetz und besonders beim Subventionswesen. In gleicher Weise ist der Kleine in den Interessensvertretungen hintangestellt, im Landtage, in der Gemeinde und den Vereinen. Ein reiches Feld pflöglicher Fürsorge tut sich auf, auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet des kleinen Mannes, der Kleinviehhaltung, des Gemüsebaues, der Geflügelzucht usw.

5. Eine ernste Sorge der Zukunft bildet die agrarische Steuerreform. Es ist ganz undenkbar, die vielen hundert Millionen an neuen Steuern, die die Landwirtschaft wird tragen müssen, einfach auf die jetzigen Steuergrundlagen mechanisch aufzupacken. Reformvorschläge zu entwickeln, verbietet der knappe Raum.

### II. Sozialpolitische Aufgaben der Agrarpolitik.

1. Der Krieg hat die Notwendigkeit der staatlichen Sozialfürsorge auch auf das Land ausgedehnt. Viele Höfe sind verwaist, werden die Besitzer wechseln. Das bedingt einen besonderen Bauernschutz. Die Invaliden, Witwen und Waisen erfordern die ausgedehnteste Sozialfürsorge, das Produktionsinteresse rät die Beibehaltung von Verkehrsbeschränkungen, denn kein Stück Bauernland soll insolge des Krieges dem Bauernstande und der Produktion verloren gehen. Die bisherigen Maßnahmen gegen Bauernlegung hatten sozusagen keinen Erfolg. Das staatliche Interesse daran ist über akademische Erörterungen kaum hinausgekommen.

2. Drohend wie ein Gespenst tritt die Frage der Landflucht und die Dienstbotennot vor uns. Hunderttausende von Besitzern, deren Söhne und Dienstboten sind tot, tausende Krüppel, andere werden nicht mehr aufs Land zurück wollen. Rückkehr zu Zwangsmaßnahmen ist ausgeschlossen. Also müssen die anderen Mittel um so zugkräftiger sein. Unsere Dienstboten und Kleinhausler werden als andere, gehobenerer Menschen zurückkehren, mit größeren sozialen und politischen Ansprüchen. Die Durchführung der Sozialversicherung ist darum unaufschiebbar. Das bringt natürlich für die Gemeinden neue Lasten, die günstige finanzielle Lage derselben wird es ermöglichen, sie zu tragen und größere soziale Werke in Angriff zu nehmen. Der größte Reiz, auf dem Lande zu verbleiben, ist die Möglichkeit, zu einer eigenen Existenz zu kommen, dem sollen die Kriegerheimstätten für die aus dem Felde Zurückkehrenden dienen. Der Arbeitsnachweis und die Arbeitsvermittlung verlangen erhöhte Bedeutung. Die sonstige ländliche Sozialfürsorge findet viel mehr Aufgaben vor, als man gemeinhin zugeben will. Mit dem Wohnungswesen ist es oft genug schlimm bestellt, ebenso mit dem Armenwesen, mit der Alters- und Krankenfürsorge. Alles steckt noch in den Anfängen oder in überlebten, altbäuerlichen Formen.

3. Die politisch-staatsbürgerlichen Fragen wolle man nicht unterschätzen. Unsere Dienstbotenordnung ist ein alter Pöppel, wenn auch praktisch bedeutungslos. Dem kleinen Mann und Dienstboten soll fürderhin die Gemeindestube nicht gänzlich verschlossen sein. Ueberhaupt werden wir christlichen Demokraten der Erweiterung der Rechte des kleinen Mannes fördernd unsere Hilfe leihen müssen. Der Krieg hat uns auch hierin wertvolle Winke gegeben.

III. Ein handels- und zollpolitisches Programm zu entwerfen, mangelt es an Raum. Im Ausgleiche mit Ungarn sind wir verständnisvolle Vertreter der Staatsnotwendigkeiten, die manche rein agrarischen Wünsche zurückdrängen. Inwiefern den agrarischen Besitzverden der neue Ausgleich abhilft, entzieht sich leider noch völlig der Deffentlichkeit. Uebertriebene zollpolitische Forderungen der Ungarn werden wir nicht mitmachen, sondern uns mit maßvollen Schutzollen begnügen. Eine ziffernmäßige Festlegung unserer Forderungen ist derzeit noch untunlich. Schutzollen hängen in ihrer Höhe von der voraussetzlichen Schutzbedürftigkeit und Preislage ab. Am System wird kaum viel geändert werden, manche Lücken sind auszufüllen, wo der Zoll Erzeugnisse des kleinen Mannes schützen soll, wie betr. mancher neu zu erstellender Gemüsezölle, mehrere irrtümliche Annahmen aus der früheren Zollperiode wären zu verbessern. So werden die einzelnen Zollsätze mannigfache Änderungen erleiden, das System wird bleiben. Wir sind warme Freunde eines möglichst engen wirtschaftlichen Zusammenhanges mit Deutschland, der den agrarischen Interessen nur förderlich sein kann, und unter den selbstverständlichen Voraussetzungen auch Freunde einer wirtschaftlichen Annäherung an die befreundeten Balkanstaaten.